

**Abschrift
von der
NIEDERSCHRIFT**

**über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeindevertretung
Malsfeld am 15.02.2018**

Zu der für heute einberufenen Sitzung sind erschienen:

seitens des Haupt- und Finanzausschusses:

1. Giesen, Ralf-Urs
2. Riemenschneider, Helmut
3. Kothe, Lothar (ab TOP 3)
4. Schirmer, Erdmute
5. Hucke, Winfried
6. Leyh, Dominik
7. Marx, Sindy

Außerdem sind erschienen:

Von der Gemeindevertretung
Schirmer, Reimund

Gemeindevorstand:
Bürgermeister Vaupel

Tagesordnung

TOP 1:

Beratung über die 33. Flächennutzungsplanänderung „Pappelstraße“, Gemarkung Mosheim

- a) Beratung und Beschlussfassung über vorgebrachte Anregungen und Hinweise
- b) Feststellungsbeschluss

Erläuterung:

Siehe hierzu Beschlussvorlage 39/2018.

TOP 2:

Beratung über die Einrichtung eines Freiwilligen Polizeidienstes in den Mitgliedskommunen des gemeinsamen Ordnungsamtes

Erläuterung:

Siehe hierzu Beschlussvorlage 40/2018.

TOP 3:

Beratung über den Entwurf einer Resolution zu den Betriebskosten der gemeindlichen Kindertageseinrichtungen

Erläuterung:

Siehe hierzu Beschlussvorlage 41/2018.

TOP 4:

Sachstandsinformation zur Erstellung einer Konzeptstudie zum FTTH Ausbau in der Gemeinde Malsfeld

Erläuterung:

Der Gemeindevorstand wurde durch den Haupt- und Finanzausschuss beauftragt, eine Konzeptstudie zur FTTH-Versorgung für alle Malsfelder Ortsteile erstellen zu lassen.

Bürgermeister Vaupel informiert den Ausschuss im Rahmen der Sitzung über dieses Ausschreibungsverfahren.

Beschlussempfehlung:**zu TOP 1:**

Beratung über die 33. Flächennutzungsplanänderung „Pappelstraße“, Gemarkung Mosheim

- a) Beratung und Beschlussfassung über vorgebrachte Anregungen und Hinweise
- b) Feststellungsbeschluss

Beschluss:

Seitens des Haupt und Finanzausschusses ergeht folgende Beschlussempfehlung:

Zu a) Beratung und Beschlussfassung über vorgebrachte Anregungen und Hinweise:

Die Abwägung über die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit vom 06.10.2017 bis einschließlich 07.11.2017 sowie der Wiederholung der Beteiligung gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit vom 12.12.2017 bis einschließlich 22.01.2018 und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB in der Zeit vom 06.10.2017 bis einschließlich 07.11.2017 vorgebrachten Anregungen und Hinweise werden beschlossen (lt. Anlage – Beratungs- und Beschlussvorlage).

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden über die Abwägung informiert.

Zu b) Feststellungsbeschluss:

Der 33. Flächennutzungsplanänderung „Pappelstraße“ Gemarkung Mosheim wird zugestimmt.

Die Gemeindevertretung beschließt die 33. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Malsfeld in der Fassung vom November 2017. Die Begründung und der Umweltbericht werden gebilligt.

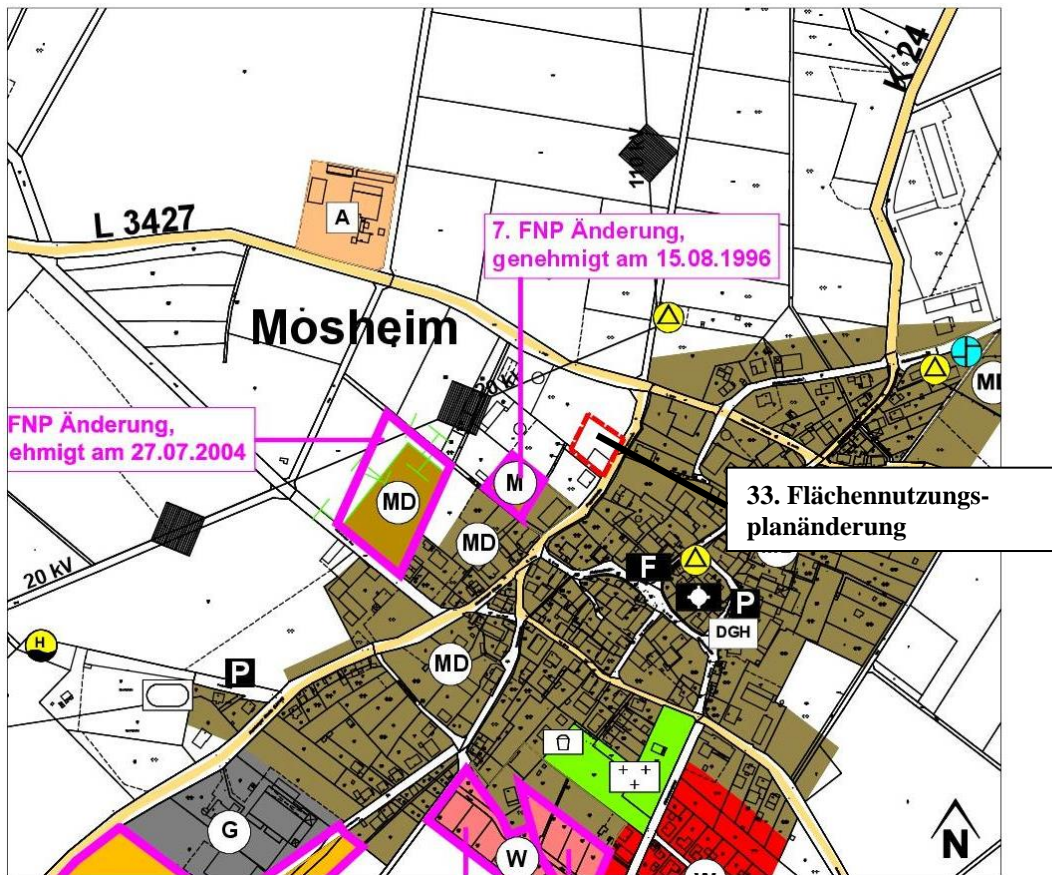
Die 33. Flächennutzungsplanänderung „Pappelstraße“ Gemarkung Mosheim nebst Begründung und Umweltbericht wird dem Regierungspräsidium Kassel zur Genehmigung vorgelegt.

Die Genehmigung ist ortsüblich öffentlich bekannt zu geben. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, wo die 33. Flächennutzungsplanänderung „Pappelstraße“ Gemarkung Mosheim der Gemeinde Malsfeld eingesehen werden kann. Mit der Bekanntmachung wird die 33. Flächennutzungsplanänderung wirksam.

Die 33. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Malsfeld nebst Begründung und Umweltbericht sowie die zusammenfassende Erklärung ist zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten; über den Inhalt ist auf Verlangen Auskunft zu geben.

Den beteiligten Trägern öffentlicher Belange wird das Ergebnis der Abwägung und der Beschluss zur 33. Flächennutzungsplanänderung „Pappelstraße“ Gemarkung Mosheim der Gemeinde Malsfeld mitgeteilt.

Die Abgrenzung der 33. Flächennutzungsplanänderung ist aus der unten stehenden Skizze ersichtlich.



(unmaßstäblich)

Der Beschluss ergeht einstimmig.

zu TOP 2:

Beratung über die Einrichtung eines Freiwilligen Polizeidienstes in den Mitgliedskommunen des gemeinsamen Ordnungsamtes

Beschluss:

Für die Beschlussempfehlung stimmt ein Ausschussmitglied, dagegen 5 Mitglieder

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt somit der Gemeindevertretung von der Einführung eines freiwilligen Polizeidienstes Abstand zu nehmen.

zu TOP 3:

Beratung über den Entwurf einer Resolution zu den Betriebskosten der gemeindlichen Kindertageseinrichtungen

Beschluss:

Seitens des Haupt- und Finanzausschusses ergeht folgende Beschlussempfehlung:

1. Die Gemeindevertretung stellt fest, dass die Städte und Gemeinden im Allgemeinen und die Gemeinde Malsfeld im Besonderen den Ausbau von Betreuungsangeboten in Tageseinrichtungen für Kinder und in Kindertagespflege durch
 - a) zusätzliche Platzangebote,
 - b) Öffnung für Kinder unter drei Jahren,
 - c) längere Öffnungszeiten und
 - d) Verbesserungen der Qualität durch deutlich mehr Personal

unter großen Anstrengungen bewältigt haben. Allerdings tragen die Städte und Gemeinden die finanziellen Lasten der Kinderbetreuung in weitem Umfang allein.

2. Die Gemeindevertretung fordert deshalb, dass das Land Hessen unter vollständiger Weiterleitung etwaiger zweckgebundener Mittel des Bundes die nicht durch Elternbeiträge gedeckten Kosten im Umfang der Personalkosten übernimmt.
3. Die Betriebskostenzuweisungen sind unter Beachtung der Konnexitätsvorschrift der Verfassung des Landes Hessen und der bestehenden Verpflichtung zur Sicherung einer angemessenen Finanzausstattung anhand der Tarifentwicklung jährlich zu dynamisieren. Dasselbe gilt für die Zahlungen, die das Land für Elternbeiträge leistet, die die Stadt/Gemeinde auf Grundlage von Landesrecht nicht mehr erhebt.
4. Die Schulkindbetreuung soll in Verantwortung des Landes erfolgen.
5. Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, die Hessische Landesregierung, die im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen und die örtlichen Mitglieder des Hessischen Landtags von dieser Beschlussfassung zu unterrichten.

Der Beschluss ergeht einstimmig

zu TOP 4:

Sachstandsinformation zur Erstellung einer Konzeptstudie zum FTTH Ausbau in der Gemeinde Malsfeld

Bürgermeister Vaupel informiert den Ausschuss über den derzeitigen Planungsstand. Nach Erhalt des Bewilligungsbescheides für die Wirtschaftlichkeitsstudie erfolgte zwischenzeitlich eine beschränkte Ausschreibung. Der Gemeinde liegen allerdings keine Angebote vor.

Ende der Sitzung: 20:24 Uhr

gez.: Schirmer, Vorsitzende

gez.: Schnaudt, Schriftführer